

Stadt. Louis Schmelzer.) Die Baugenossenschaft für das
Vereinzel der Stadt. Staatsbahngebäuden beschließt mehrerer-
mehr zu erneuern, und zwar an der Sedan-Straße ein
neues und an einem neu anzulegenden Straßenzug von
der Schwanen nach der Döbberer Straße ein Doppelhoftrum-
bau. Von der Baugenossenschaft, die eigentlich den neuen
Straßenzug in voller Breite und Länge zu bauen gehabt
hatte, war zunächst nötig geworden zu gestatten, daß sie nur
einen Teil der Straße besei. Der Bauausschuss hatte den
zweckteilweise Bau der Straße nicht gutheißen können und
beschloß, daß die Straße voll ausgebaut wird. Die
Stadt will aber die Hälfte nach dem Schwarzen Blatt
zu selbst bauen. Die Kosten in Höhe von 22 000 Mark
sollten zur einen Hälfte von der Stadt, zur anderen von der
Baugenossenschaft getragen werden. Der Rat hatte diesem
Vorschlagbeschlusß zugestimmt. Das Kollegium stimmte fol-
gendem Entwurf Reber zu: Soweit baugleichlich die Kosten
für den Ausbau der Straße von der Baugenossenschaft zu
tragen sind, übernimmt die Stadt die Hälfte der Kosten.
Dadurch verbleibt, sich die Kostenverteilung noch etwas
zu tunnen bei Baugenossenschaft. Im übrigen wurde beim
Wissenschafts- und Watsbeschluß zugestimmt.

8. Baukostenübertragungsbetrag. (Berichterstatter Herr Städter, Reher.) Die Baugenossenschaft für das Regional der Sächsischen Staats-Eisenbahnen hatte in einem Schied gesiegt, daß die Baukostenübertragungszuschlässe für ihr neues Bauvorhaben, das 25 neue Wohnungen erstellen wird, auch von der Gemeinde übernommen werden möchten. Der Betrag beläuft sich auf 98.500 Mark. Der Beauftragte hat sich dahin ausgesprochen, daß die Stadt sich nur dann beteilige, wenn auch der Städter

daß die Stadt sie nur dann beteilige, wenn auch der sächsische Eisenbahnamtshof einen Teil der Summe übernehme. Der von der Stadt zu übernehmende Betrag wurde auf 40 000 Mark festgesetzt. In die Häuser sollen zehn Familien aufgenommen werden, die bereits in Altena Wohnung haben. Der Rat hat diesem Ratschlußbeschuß zugestimmt. Herr Bürgermeister Dr. Schneider macht darauf aufmerksam, daß mit diesem Beschuß der Baugenossenschaft ein großes Entgegenkommen erwiesen worden ist. Die Mittel sollen dem Fonds in Höhe von 100 000 Mark entnommen werden, der bereits vor einigen Monaten für solche Zwecke zur Verfügung gestellt worden ist. Herr Stadtrv. K. Schneider meint, daß durch das Bauvorhaben der Wohnungsmangel ein wenig abgeholt werden werde. Auch die Stadt möge den Bau an der Standortstraße recht bald in Angriff nehmen. Die Wohnungsmangel sei so groß, daß kein Wille unversucht bleiben dürfe, sie zu beheben. Herr Stadtrv. Wenke meint, daß man nun anscheinend hier wohnhabende Eisenbahnbeamte bringen wolle, in die neuen Häuser zu ziehen, durch den Umzug entstünden auch wieder Kosten. Es sei kolossal, was für Kosten jetzt zur Befriedigung der Wohnungsmangel gebracht werden müßten. Hätte man früher diese Summen genommen und den Hausbefreiungsbau mit entlastet, so würde man heute keine Wohnungsmangel haben. Es müsse auch das private Kapital für den Hausbau reichen, um es nicht zu teuer zu machen.

10. Maßnahmen zum Schutze der Fluren.
(Berichterstatter Herr Stadtv.-Borßt. Schönfuss.) Durch ein
Beschluß des Ortsausschusses zur Sicherung der Ernährung
und des Bauern- und Handarbeiterrates ist der Rat ver-
anlaßt worden, Maßnahmen zur Sicherung der Fluren
im Stadt- und Hintergutsbereich ins Auge zu fassen. Er
hat beschlossen, den Schutz der Fluren durch Hintergut-
hüter in Gemeinschaft mit der dienstfreien Schuhmanns-
schaft vornehmen zu lassen und für die Vergütungen ein
Vereinbarungsgeld von 5000 Mark bereitzustellen. Das He-
rreten der Fluren und Feldwege soll durch öffentliche
Belehrungsreden unterfangt werden. Herr Stadtv. Reyer
betont die Notwendigkeit der Maßnahmen. Er regt an,
die Hinterguthüter als Hilfspolizeileute einzustellen, damit von
ihnen beangesezte Vergehen als Unrechtsgeschehen angesehen
und geahndet werden können. Auch werde es sich empfehlen,
die Hinterguthüter Schuhmannsuniform tragen zu
lassen, um ihnen mehr Respekt zu verschaffen. Herr
Stadtv. W. Schoneider erklärt, daß auch die Linie
die Notwendigkeit des Hilfspolizistens anerkenne. Es sei aber
bereits eine Einwohnerwehr beschlossen und für sie einen
Betrag 6000 Mark bewilligt worden. Die erforderlichen
Kosten könnten also aus der Einwohnerwehr genommen
werden. Er stellt den Antrag, die Vorlage an den Rat zu-
rückzubewerthen, der die Sache nochmals nach der Belehrung
hinausprüfen soll, ob nicht die Einwohnerwehr her-
angezogen werden könne. Die erforderlichen Mittel soll-
ten dann in den 6000 Mark mit enthalten sein. Die Un-
regungen des Herrn Reyer könnten auch mit in Betracht
gezogen werden. Herr Bürgermeister Dr. Scheidek be-
merkt, daß es eine dringende Notwendigkeit sei, daß unver-
träglich etwas getan werde. Die Einwohnerwehr, der
Gehörigkeiten entbasten seien, weil von einem Teil der
Bürgermeisterei ihr Anwendung nicht richtig erkannt werde, sollte
der Einwohnerwehr sein und könne nicht für 8000 Mark er-
hobt werden. Es müsse der Versuch gemacht werden, für
den Gutsdruck Hilfspositionen heranzuziehen und sie mit
polizeilichen Berechtigungen auszustatten. Die Feldliebstädt-
hütten eine falsche Gunstnahme erhaben, daß von einer Ver-
antzung des Wein und Wein nicht mehr gesprochen wer-
den könne und daß sei eine Gefahr für die Vollernähr-
ung. Die Kartoffeln würden in unvernünftiger Weise und
oft in einem Zustande beschädigt, daß auch die Diebe
keinen Vorteil hätten. Er bitte, nicht den Vergütungsan-
trag anzunehmen, da dadurch die Sache eine Verzögerung
erleidete. Die Hinterguthüter in Uniformen zu stehen
würde nicht angehen, weil keine Uniformen da seien.
Herr Stadtv. Schönborn ist der Meinung, daß sich
nur zeigen, daß die Einwohnerwehr nur politischen Zwecken
dient. Definitivische Mittel seien nicht dazu be-
zogen.

um Ausübung des Wehrdienstes zu fördern. Die Bevölkerung und das Militärgut müssen Mittel aufbringen. Er fordert für den Befreiungskrieg einen Herrn Staatsrat, der nicht direkt aus dem Deutschen Reich komme, der die Einwohnerwehr leite, dem Befreiungskriegsschmiede fördere. Er hofft vom Befreiungskrieg auch für eine Notwendigkeit, aber er wolle einmal die ganze Sache, ob diese privatem Verstande seines Hauses Mittel für die Allgemeinheit gestellt hätten, und sie jetzt für sich von der Allgemeinheit befreien. Herr Bürgermeister Dr. Scheider bemerkt nochmals, daß die Einwohnerwehr nicht organisiert sei und die Beute noch nicht zur Verfügung stünden. Die Stadt habe eine Abfage des Gewerbeaufkarts bestimmt. Er betone außerdem, daß die Einwohnerwehr keinen politischen Stand habe. Auf das Bedürfnis des Befreiungskrieges müsse er hinweisen. Der Flügelschuh kommt nicht lediglich dem Eigentum einzelner zugute. Die Bürgerschaftlichkeit werde sicherlich gern einen Beitrag zahlen, auch das Militärgut werde es tun. Aber ohne daß eine besondere Organisation geschaffen werde, sei kaum auszukommen. Herr Stadtr. W. Schneidet hält seinen Antrag aufrecht. Die Arbeiterschaft wolle die Einwohnerwehr für den Frieden haben, für den sie gebraucht werde. Herr Stadtr. Meyer ist der Meinung, daß der Wolfshand der beseitigt werden soll, mit der Einwohnerwehr nicht zusammenhänge. Es solle auch das Eigentum von Leuten beschafft werden, die keine Großgrundbesitzer seien. Herr Stadtr. Baumgärtner stellt den Antrag, daß die Mittel für die Bewachung der Fluren und den Wäldern der Einwohnerwehr genommen werden. Herr Bürgermeister Dr. Scheider bemerkt dazu, daß der Rat kaum in der Lage sei, diesem Antrage zugestimmen, da er die Einwohnerwehr illusorisch mache. Die Gründung dieser Wehr sei aber notwendig. Herr Stadtr. W. Schneidet zieht einen Befreiungskriegsantrag zugunsten des Antrages Baumgaertls. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärt, daß das Flügelschulkommando ja aus Mitgliedern der Einwohnerwehr bestehen könne, daß dann aber noch etwas mehr Mittel zu den 6000 Mark bewilligt werden müßten. Nach weiteren Ausführungen ber. Herrn Stadtr. Baumgärtner und Wünckler wurde die Stabsvorlage gegen die bürgerlichen Stimmen abgelehnt, der Antrag Baumgärtner gegen die bürgerlichen angenommen.

11. Tarifvertrag. (Berichterstatter Herr Stadiv. Niedler.) Dem Beitritt zum Arbeitgeberverband Sächs. Gewerkschaften und dem Abschluß eines Tarifvertrages für die städtischen Arbeiter, der insbesondere die Bezahlung der Wochenfeiertage und die Urlaubsfreizeit regelt, stimmt das Kollegium entsprechend den Beschlüssen der Ausschüsse zu.

12. Verschiedenes. Herr Stadtv. W. Schnei-
der bittet den Kreisprüfungsausschuss, in den Geschäften
nachzu forschen, wo die Waren herstammen und wel-
chen Ursprung sie haben. Wer sich über die Unaufrichtig-
keit in der Bevölkerung wundere, der erhalte in den Schau-
enstheatern den besten Unscheinbarkeitsunterricht. Es möglie test
zugriffen werden, damit der unbarmhärtige Wucher aus
der Welt geschafft werde. Herr Stadtv. Neher schließt
sich diesen Ausschüttungen an. Gerade in Kiels herrliche
unfehlbare der Kreisbildung eine Willkür, wie sie anber-
wärts nicht angetreffen sei. Und hier sei der Kommunal-
verband mitschuldig. Als hier ein Hering 1.80 Mark ge-
kostet habe, sei er in Dresden für 1.50 Mark zu haben
gewesen. Das Grundibel aller Gutsche sei der Wucher.
Herr Bürgermeister Dr. Scheiber bittet, die Arbeit der
Kreisprüfungsstelle dadurch zu unterstützen, daß ihr Fülle
von Kreisüberbreitungen mitgeteilt werden.

Schluß der Sitzung gegen 1/48 Uhr.

— "Bolschewiksammlung im Hotel Höpfner.
Für die unabhängige Sozialdemokratie sprach gestern Frau
Kemig aus Berlin über "Die Frau im Kampfe des Sozia-
lismus". Sie verurteilte das Verhalten der Mehrheitssozia-
listen, die die Errungenheiten des Revolutionstages immer
neb fit illusorisch machten und sich durch das Zusammengehen
mit der Bourgeoisie von dem früher gemeinsam aufgestellten
Programm zur Durchführung des Sozialismus immer
weiter entfernten. Die Feinde der Arbeiterschaft lähn
noch heute in den Parlamenten. "Die Arbeiterräte mühten
sich zu erhalten und ihnen die weitgehendsten Kontroll-
rechte eingeräumt werden. Versammlungs- und Pressefrei-
heit darf nicht durch Belagerungszustände und Polizei-
maßnahmen behindert werden. Die unabhängige Sozial-
demokratie sei auch gegen Putsch- und Blasphemierungen, die
durch einschlägige Sicherheitsräte, die zur Bekämpfung

nützten durch energische Arbeiterräte, die zur Bestimmung nahmten, verhindert, aber nicht mit Gewaltmittel unterdrückt werden. Die politische Erregung steige jetzt und treibe den Unabhängigen weitere Wähler aus den Kreisen der Mehrheitssozialisten zu. Das Frauenwahlrecht sei auch eine Errungenschaft der Revolution, es sei einzig und allein nur durch die Sozialdemokratie zustande gekommen, die schon vor der Revolution daraufhin gearbeitet habe. An dem klaglichen Anfall der Parlaments- und Kommunalwahlen seien die Unwürde der Arbeiterklassen, so wie die Mehrheitssozialisten selbst mit schuld. Von den Versprechungen zum Sozialismus sei noch nichts geschehen. Die Aufgabe der unabhängigen Sozialdemokratie sollte sein, einen Kampf für den Sozialismus aufzunehmen und selbst vor der Diktatur nicht zurückzuschrecken, denn etwas anderes als früher der Militarismus und Kapitalismus auch nicht gewesen. Die Weltrevolution müsse kommen, sie bringe uns den Sozialismus. Nur eine Verblüffung mit den Arbeitern anderer Länder könne aus dem Ostrand retten, in das Volk durch den Militarismus und Imperialismus gekommen sei. Die Bestrafung der Schuldigen müsse nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Ländern gefordert werden. Ein Weltkrieg könne nur durch den Sozialismus kommen und von Dauer sein. Die unabhängige Sozialdemokratische Partei setze nichts ab vom ihrem Programm, das

parteihe Partei gebe nichts ab von ihrem Programm, das sie mit allen Kampfmitteln zu erreichen suche. Den Kampf führe sie aber nicht mit Rüstwaffen, sondern nur mit ehrlichen Waffen. Den Ausübungen der Medizin wurde von den zahlreichen Zuhörern Beifall gespendet. — Vor Beginn der Versammlung zogte der Verteiler das östwürtige Dreieck der Wälder, auf denen die Einladung zu dieser Versammlung stand.

— Streit der Handarbeiter. In Anklam ist es vorgestern zum Generalstreit gekommen. Hauptsache waren die Arbeiter des landwirtschaftlichen Einlauffvereins den Rückstand, begaben sich in geschlossenen Bägen nach anderen Betrieben und zwangen dort die Arbeiter zur fortigen Arbeitseinstellung. Das Gaswerk steht still, während das Wasserkraft noch arbeitet. Die Gewerkschaften sind gegen den Streit. In Rößlin streiten die Metallarbeiter; auch ruht dort der Straßenbahnbetrieb. Die Verlängerung des Belagerungsauftandes über fast ganz Sachsen hat unter den Sozialdemokraten große Erregung verursacht. — Die B. S. a. W. meldet aus Königsberg: Von unantwortlicher Seite hat sich ein Teil der Handarbeiter des Kreises Wohnungen in wilde Streiks treiben lassen. Der Gewerkschaftsverband der Hand-, Forst- und Weinbergsarbeiter fordert die Handarbeiter auf, die Arbeit wieder anzunehmen, in nächster Tage Verhandlungen zwecks Abschluß des Kostentwurdes stattfinden. Zur Kautschukhaltung der Fabrik und Obrhause kommt am Schluß der Arbeitseinstellung

lichen zwischen Wagnerungsgruppen zu dem Streit geführt. — Wie ferner noch aus Streitwaid berichtet wird, fanden in den letzten Tagen in Westpreußen zwischen dem Landesbund und dem Handarbeiterverband Tarifverhandlungen statt, die sonst abgebrochen wurden, in den nächsten Tagen aber wieder aufgenommen werden sollen. Die vom Handarbeiterverband geforderte Bohnerhöhung war bewilligt worden und wurde bereits seit dem 1. Juli gezahlt. Trotzdem sind auf etwa 20 bis 30 Gütern des Kreises Braunsburg Streiks ausgetragen. — Der Streikbewegung bei den Handarbeitern, die sich bisher auf kommerzielle und überprüfbare Gebiete beschränkte, steht man an verantwortlicher Stelle keineswegs gleichgültig gegenüber, zumal auch Nachrichten eingetroffen sind, daß die Bewegung sich auch auf Mitteldeutschland und Sachsen ausdehnen dürfte. Man ist seit davon überzeugt, daß es sich wiederum um eine politische Streikbewegung handelt. An zuständiger Stelle haben bereits Besprechungen über die Maßnahmen stattgefunden, falls der Streit sich weiter ausdehnen sollte. Es wurden insbesondere militärische Maßnahmen ins Auge gefaßt, eventuell die Verbindung des Belagerungsbauandes auch noch für andere Begenden. Außerdem ist beabsichtigt, den Wiederaufbau den notwendigen militärischen Schuh in weitgehendem Maße ansetzen zu lassen und auch Soldaten als Polizeikräfte auf das Band zu schicken. Das Handwirtschaftsministerium sieht die Sache nicht so schwarz an. Der Handwirtschaftsminister ist vielmehr der Ansicht, daß derartige Streiks, wie sie jetzt ausgetragen sind, im allgemeinen nach einigen Tagen zu Ende gehen. — Die Handarbeiterstreik sind in diesem Augenblick mehr als eine Belästigung des Wiederaufbaus unserer jämmerlich zerstörten Nation; sie sind ein Majestätsverbrechen am deutschen Volke! Wer jetzt das Brot Deutschlands auf den Feldern verkommen läßt und streift, die Hände in den Schoß legt, während es gilt, Lebensmittel den unterernährten Müttern und Kindern unseres Volkes darzuteilen, der stellt sich außerhalb der Sozialgemeinschaft.

— Die Erhöhung der Brotration noch nicht gesichert. Von zuständiger Stelle wird dem W. Z. B. mitgeteilt: Die durch die Presse gegangene Meldung, daß vom 1. Oktober an eine Erhöhung der Brotration eintreten werde, ist in dieser Form nicht zutreffend. In den Verhandlungen des 28er Ausschusses in Weimar konnten bestimmte Zusagen in dieser Hinsicht noch nicht gegeben werden. Die Möglichkeit, frühestens vom Oktober ab mehr Brot zur Verteilung zu bringen, hängt sowohl von Ausfall, Erfassung und Ausdehnungsmöglichkeit der Gruppe, als vor allem auch von der Gestaltung der Getreideeinfluß ab, Faktoren, die durch zahlreiche Umstände, wie vor allem die Gestaltung einer Waluta, die Noblenförderung usw. entscheidend beeinflußt werden. Nicht zuletzt wäre die Wirkung von Landarbeiterstreiks geeignet, die Hoffnungen auf Erhöhung der Brotration zu vernichten.

— **Übergabe von Kohlenleber für die in der Landwirtschaft Erwerbstätigen.** Für die in der Landwirtschaft Erwerbstätigen, einschließlich der Becher, steht Kohlenleber zur Verfügung. Die Verteilung für den biesigen Bezirk erfolgt nach Anweisung des Kommunalverbandes Großenhain durch Herren Schuhmachermeister Carl Grohmann in Rieka, Dausiger Straße 5. Der Preis für das Leeder stellt sich auf 7,25 M. für das Pfund. Mit Rücksicht auf die ständig steigenden Lederpriise wird den beteiligten Kreisen baldige Abförderung derartigen Leders empfohlen. Anträge auf Übergabe von Kohlenleber sind an die Umtihauptmannschaft Großenhain zu richten, wobei durch die Ortsbehörde bescheinigt sein muß, daß der Bewerrende in der Landwirtschaft erwerbstätig ist.

— Der frühere König von Sachsen wird Kaiser. Der frühere König Friedrich August von Sachsen richtete von Sibyllenort, wo er noch immer weilt, in Telegramm an den König von England, das folgenden Inhalt lautet: „Eure Majestät werden verstehen, daß ich und die Prinzen meines Hauses als deutsche Fürsten und Offiziere, ebenso wie sie in der Zeit des Kaiserreiches treu zu Kaiser und Reich gehalten haben, auch in dieser Zeit höherer Prüfungen an der Seite unseres Kaisers und Bundesgenossen zu stehen wünschen. Wir erwarten von Euren christlichen Gefühlen Eurer Majestät, daß Eure Majestät den Einfluß dahin geltend machen, daß auf der Auflösung des Deutschen Kaiserreichs nicht weiter bestanden wird.“

— General Krug v. Ribba, der bisherige Kommandeur des 12. Armeekorps, ist unter dem gestrigen Tage in den Ruhestand getreten.

-R. Verschärfe Autokontrollen. Da die Automobilisten fleißig trotz aller Warnungen auf dem Wege des Schleichhandels weiter Benzol und Pneumatisches zu günstigen Preisen beschaffen und damit die Aufrechterhaltung für die Lebensmittelauflösung und die freiwilligen-Korps-ähnlichen Kraftwagenverkehrs gefährden, werden jetzt besondere scharfe Kontrollen eingeführt werden. Die Automobilisten werden sich den Beamten gegenüber nicht nur auf die ordnungsgemäße Erlaubung ihrer Wagen zu legitimieren haben, sondern sie werden auch den Radweis über die Herkunft von Betriebsstoffen und Reisen führen müssen. Besitzer von Wagen, die auf Vergnügungsläden betrieben werden, droht sofortige Entziehung der Fahrerlaubnis. Es ist deshalb allen Automobilbesitzern anzuraten, ihre Wagen ausschließlich für Geschäftszwecke zu benutzen und zur Ermeidung von Belästigungen von unerlaubten Fahrtien mit Damen-Angehörigen umzugehen.

— * **Luftpost.** Das Reichspostministerium teilt und legt mit: Von jetzt an können zur Beförderung auf im Betriebe befindlichen oder noch einzurichtenden Flugwegen versuchswise Flugpostsendungen bei allen Reichsbeamten angenommen werden. Zur Flugbeförderung ab zugelassen: gewöhnliche und eingeschriebene Postkarten und Briefe sowie Pakete und Zeitungen. Außer der gewöhnlichen Postgebühr ist zu entrichten für Postkarten eine Fluggebühr von 10 Pf., für Briefe bis 20 Gramm 10 Pf., über 20 bis 50 Gramm 40 Pf., über 50 bis 100 Gramm 80 Pf., über 100 bis 250 Gramm 120 Pf. Wenn Filzbeklebung geübt wird, wird die gewöhnliche Filzbestellgebühr dafür sonderb erhoben. — **Flugpostpäckte:** Gebühren wie für ein dringendes Paket, außerdem ist eine Fluggebühr von 80 Pf. für jedes ungefangene Kilogramm zu entrichten. Bruttogewicht 20 Kilogramm, größte Ausdehnung 10 Centimeter in jeder Richtung. Freimachungszwang. Zur Entfernung sämtlicher Gebühren sind bis zur Herausgabe beiderer Flugpostmarken die gewöhnlichen Freimarken zu verwenden. — **Flugpostzeitungen:** Die Zeitungsbetreiber können für die von ihnen der Post überwiesenen Zeitungen die Flugbeförderung auf den eingerichteten Flugwegen beantragen. Auch dem Zeitungsbetreiber steht ein solches Antragsrecht zu. Für die Flugbeförderung wird bei dem gewöhnlichen Bezugskreis eine besondere Flugpostabrechnung bis zur nach dem Befreiungsschluß der Zeitungen

der Zeitung nicht und bei den Kaufmännischen erfragt werden kann.

* Weniger fröhliche Bilder. Vor etwa 6 Wochen wurde die Regierung durch sehr reichliche Aufzukauf früherer Stücke in die Lage versetzt, die bisherigen Belehrungen beim Verkauf früherer Stücke aufzuheben. Seit einigen Wochen hat nun diese reichliche Aufzukauf von früheren Stücken wieder sehr nachgelassen. Wie aus dem Sonderberichtsmittelamt mitgeteilt wird, ist eine reichliche Aufzukauf darauf zurückzuführen, daß damals im Frühjahr die Hauptauszeit war. Ein sehr wichtiger Grund für das Nachlassen der Aufzukauf ist aber der, daß im Frühjahr untere Güteklassen noch zur Verfügung standen, während sie jetzt gemäß den Preisbedingungen bereits zur Ablieferung an die Käufe bereitgestellt werden müssen und infolgedessen für den beständigen Absatz nicht mehr benötigt werden können. Die nationalen Fischhändler können den Absatz nicht in dem entsprechenden Umfang bedienen. Die heraufkommenden Versandungen an verarbeiteten Stücken insbesondere an Goldfischen sind zum größten Teil sehr alte Ware, die zum Teil von Händlern vor zwei Jahren herrührten. Sie sind also Stapelware, die für die Verzorgung der Neutralen und des Inlands im Kriege aufgesammelt worden waren, also nicht auf diesjährige Fänge zurückzuführen. Nur dadurch ist es erklärlich, daß Goldfische und geräucherter Ware noch immer verfügbar ist.

* Der Allgemeine Verband Deutscher Landfrankenkassen hat auf seiner diesjährigen ordentlichen Mitgliederversammlung folgende Entschließung gefasst: „Die zur ordentlichen Mitgliederversammlung des Allgemeinen Verbandes deutscher Landfrankenkassen versammelten Vertreter der Landfrankenkassen Deutschlands, welche fast drei Viertel dieser Kassenart und über 1% Millonen Verschöner vertreten, haben sich mit der Frage einer Aufhebung oder Verschmelzung der Landfrankenkassen mit anderen Kassenarten eingehend beschäftigt und sind einmütig der Ansicht, daß die Grundlage, welche §. 81. für Einführung der Landfrankenkassen als einer besonderen Kassenart geführt haben, auch heute fortbestehen, daß sich die Landfrankenkassen in schwerer Zeit als soziale Fürsorgeeinrichtung durchaus bewährt haben und daß durch sie allein auch in der Zukunft die Interessen der ländlichen Verschöner voll gewahrt werden können.“

(Dresden.) Der Streit der Hotel-, Kaffeehaus- und Gastronomieangehörigen ist nach langen schwierigen Verhandlungen vor dem Schlichtungsgericht und in einer Versammlung der Arbeitnehmer Montag früh abends beigelegt worden. Die Angehörigen verzögerten auf Trümpfe, bekanntem erhöhter Wohnung und ein Bedienungsgeld, d. h. sie werden nach Prozent von 5 bis 20 Prozent am Gewinn beteiligt. Alle Hotels, Restaurants und Kaffees sind wieder in Betrieb. — Auch eine Lohnbewegung im Bäckergewerbe ist beendet. In einer Verhandlung der Gewerkschaftsvertreter und der Unternehmer wurde eine volle Einigung erzielt.

* Freiberg. Die Stadt Freiberg wird vom Infanterie-Regiment Nr. 38 ein Reichswehrbataillon in Stärke von 700 Mann als Garnison erhalten.

* Gericgswalde. Die Stadt Gericgswalde wird vom 1. Juli 1919 ab ihre Verfassung nach der Neubildung der Städteordnung vom 24. April 1878 regeln.

* Görlitz. 60 Wohnungsbauteile werden in der Amtsbaupolitik von der Bezirksbauverbaugesellschaft ausgeführt, wozu Kreis und Staat 1400 000 M. als Aufschüsse gewähren. Weitere sind die Pläne von 48 Wohnungen genehmigt worden.

* Zwicker. Eine Jugendgruppe der Deutschen Demokratischen Partei ist hier gegründet worden. Sie will in der Jugend das Bewußtsein wecken lassen, daß sie berufen ist, mitzuarbeiten an der freien und schönen Zukunft, unter Volk zu einer neuen Blüte emporzuführen. Sie will ferner unsere Jugend einführen in die großen Fragen unseres Staats-, Wirtschafts- und Kulturlandes, die die Gegenwart bewegen, und will sie zu tüchtigen Staatsbürgern erziehen.

* Hohenstein-Ernstthal. Aufgrund Ressourcenschwierigkeiten ist das Elektroaluminiumpatent an der Dunavik, das etwa 200 Orte mit Licht und Kraft versieht, genötigt, Dienstag und Freitag von früh 7-12 und nachmittags von 1-7 Uhr die Abgabe von Strom zu sperren, wodurch viele industrielle Betriebe stillgelegt werden, ebenso die elektrische Straßenbahn. — In einer gemeinsamen Sitzung der beiden Städteverordneten wurde die erneute Eingabe des Arbeitslosenrates um amtliche Anerkennung nach einer erneuten Debatte gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Die Unterstüzungsfähigkeit der Arbeitslosen soll erhöht werden. Beslossen wurde ferner die vollständige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, Leuerungsablagen für die körblichen Arbeiter, Beamtenanwärter und Schreiber.

* Plauen i. S. Die Arbeitnehmer der Textilindustrie fordern einen Mindestlohn von 1,80 M. Rett. falls die Forderung nicht erfüllt wird, soll der Kampf sofort aufgenommen werden.

Neuordnung der Gemeindeverfassung.

Im Sachsischen Ministerium des Innern ist man, wie schon in Nr. 158 des bisherigen Tageblattes angekündigt wurde, gegenwärtig damit beschäftigt, eine Entwurfsschrift für eine neue Verfassung der Gemeindeordnungen (Landgemeindeordnung und Städteordnung) aufzuarbeiten, die der Sozialistischen möglichst bald zugehen soll. Die geplanten neuen Gesetze müssen sich auf den Erfahrungen der bisherigen Verfassung auf-

bauen und die Neuordnung kommt mit hoher Erwartung auf. Die neu zu bestimmenden Gemeinden und das damit zusammenhängende Grundsatzprinzip der inneren Selbstverwaltung ist eindeutig, aber Anteil an der Neuordnung der Gemeindeverfassung befindet, um Unterlagen für die Neuordnung der Gemeinde zu schaffen. Zu den einzelnen Selbstverständnissen, die sich dabei ergeben, werden natürlich eingeschlagene Befreiungen der Regierung erlaubt sein, um die Wirkung einzuschränken, in der sich die Neuordnung bewegen soll.

Der allgemein wird dabei zu berücksichtigen sein, welche Veränderungen im Laufe und in der Leistung der Gemeindeverwaltung seit dem Ende der bestehenden Gemeindeordnungen eingetreten sind. Gerner wird zu erwarten sein, welche Wünsche und Anliegen an die Gemeinden zu stellen sind bezüglich des Gebietes, der Einwohnerzahl und der Größe, eine Gemeindeverfassung durchzuführen. Gerner wird es erforderlich sein, ob die Gemeindeverfassung für alle Gemeinden des Kreises einheitlich sein soll, oder ob der Unterschied zwischen Städten und Gemeinden aufrecht erhalten werden soll. Gerner kann auch noch in Frage, ob eine andere Masseneinteilung der Gemeinden notwendig und durchführbar ist und nach welchen Grundsätzen sie vorgenommen ist. Von hoher Werte ist natürlich die für die Gemeinden Wünsche auf Erweiterung der Selbstverwaltung haben. Daraus würde sich weiter die Notwendigkeit ergeben, die Frage zu prüfen, ob der Gemeinde grundsätzlich die Befreiung der unteren Verwaltungsbehörde zu übertragen ist und welche Voraussetzungen in dieser Beziehung von der Gemeinde hinzuftügt ihrer Einrichtungen, der Zahl und der Ausbildung ihrer Beamten zu erfüllen sein werden. Von jeher kleinen Gemeinden wird die Erfüllung dieser Aufgaben, naturgemäß nicht gesichert werden können, und es wird daher die Frage zu stellen, in welcher Weise für diese Gemeinden die untere Verwaltungsbehörde gebildet werden soll. Ferner wird die Neuordnung Nordost darüber berücksichtigt haben, welche Aufgaben von Kreiswegen abweichen von der bestehenden Regelung der Gemeinden neben der Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten unter anderem auch zur Verbreitung einer wünschenswerten weitergehenden Desentralisierung zu übertragen sind. Von außergewöhnlicher Bedeutung wird hierbei die Beantwortung der Frage sein, wie sich der freiwillige Zusammenschluß der Gemeinden auf Grund des Gesetzes über Gemeindeverbund vom 18. Juni 1910 entwölft hat und zwar hinsichtlich der Durchführung einer einheitlichen Verwaltung, hinsichtlich der den Gemeinden gelegentlich überliegenden Aufgaben und hinsichtlich der freiwillig übernommenen Aufgaben. Hierbei bietet sich den Gemeinden Gelegenheit, Vorschläge zu etwa gewünschten Veränderungen des Gesetzes zu machen.

Auch die Frage der Zwangsverbände wird erneut in der Rücksicht zu prüfen sein, ob sie im bisherigen Umfang erhalten bleiben oder als Selbstverwaltungsbereich höherer Art ebenso frei wie die Gemeinden gehalten werden sollen, namentlich hinsichtlich des Besteuerungsberechts und der Finanzverwaltung.

Von hoher grundsätzlicher Bedeutung ist die Frage, ob eine bad. Wahlrecht für die Stadtverordneten und Gemeindewertertreter der Kreisgemeinden auf Grund der Verkündigung vom 28. November 1918 einiger Veränderungen besteht. Hierbei ist zu prüfen, ob die Stimmberechtigung der Gemeindemitglieder bei Gemeindewahlen abhängig gemacht werden soll von einer bestimmten Zeit (etwa sechs Monaten), des Wohnsitzes am Orte, ferner auch welche Gründe für oder gegen die Verbehaltsung des jetzigen städtischen Verwaltungssystems sprechen, wodurch aber Städteverordnete, Stadtrat und Stadtbürgermeister, nebeneinander bestellt werden.

Endlich wird erneut erörtert werden müssen, ob durch die Ausübung der staatlichen Oberaufsicht über die Gemeinden in der bisherigen Weise die Verwaltung der Gemeinden beeinflusst und die Gemeinden in ihrer Entwicklung gehemmt oder gefördert werden, sowie weiter, ob die Aufsichtsätigkeit des Staates ganz von der kommunalen Selbstverwaltung getrennt werden oder ob beide wie bisher durch die Verbindung der Kreishauptmannschaften und Kreischaupmannschaften mit den Organen der Selbstverwaltung (Bezirksbeamten, Kreisbeamten usw.) miteinander verknüpft werden sollen.

Für solche, die sich für die Frage besonders interessieren, stehen Abdrücke der Fragebögen bei dem Ministerium des Innern, zweite Abteilung, zur Verfügung. Die schriftlichen Antworten sind möglichst ausführlich und spätestens bis zum 1. Oktober ebenfalls vorzuhandensein.

Bermischtes.

* Was kostet uns der Friede von Verdun? Im Verlag von J. & C. Behmann in München ist eine kleine Broschüre: Was kostet uns der Friede von Verdun? erschienen, in der Paul Dehn den Versuch macht, allgemein die Kosten und Kosten zu berechnen, die dem Deutschen Reich und dem Weltkrieg aus dem Frieden entstehen. Nach dieser Schrift sind zu berechnen: die von den Feinden geforderte vorläufige Kriegsentschädigung mit 100 Milliarden Goldmark gleich 225 Milliarden Mark in Papier, die Kosten der Beisetzung des linken Rheinufers mit 80 Milliarden. Die Kosten des Blockades nach dem Waffenstillstand 12 Milliarden, ferner die Wiederherstellung Polens, Westpreußens, Oberschlesiens und kleinerer Bezirke an Belgien, Dänemark und Tschechoslowakei mindestens mit demselben Betrag. Dazu fügt noch die Auslieferung aller militärischen Vorräte des Saar-, See- und Ostseeraums in Höhe von Milliarden und die

wort erfolgte, bitter fort: „Kann, sei beruhigt! Sie wird sich selbstverständlich nicht in diese Forderung verlassen. Wir, Ihre Eltern, würden dies gar nicht dulden. Holde ist sehr unbesonnen gewesen, aber eine solche Beziehung hat sie denn doch nicht verdient!“

Eine kurze Pause folgte. Dann fragte Dies lächelnd: „Wünschst du sonst noch etwas, Mama?“

„Nein, Schluß.“ Mit bebender Hand hing die Hofräätin das Hörerthe an ihren Hals und verließ die Telefonzelle.

Am selben Abend noch überließte Holde in ihr Elternhaus, das sie eins als glückliche Heimat für immer verlassen zu haben glaubte.

Herrstöt besog sie ihr altes Wohnzimmer, das Wera und die Hofräätin in aller Eile instand gesetzt hatten.

Also lag der Schrot über das Gelächtere wie eine dumpfe Bedeutung über ihr. Aber es war nicht eine Bewußtheit des Verlustes, die sie an Stellung und Ansehen entzogen hatte, was sie jenseits wie ein greller Bühnenbaut durchdrückte, daß sie vor Schmerz hätte laut aufzulachen mögen, sondern die Erkenntnis, um eines gedankenlosen Spiels willen Achtung und Liebe des einzigen Menschen verloren zu haben, den sie außer sich selbst liebte.

Wie sehr liebte, daß habte sie erst jetzt...

XXIV.

Dollaribas Abreise unmittelbar nach dem Abenteuer mit der schönen Frau Dies, das überall den Gegenstand schablonenhafter Klatsches bildete, wurde sehr verschieden beurteilt.

„Selbstverständlich hat sie das Recht, nach Hause zu kommen. Ich werde dann, da ich erst in einigen Tagen nach Doblowitz zurückkehren kann, bis dahin in einem Hotel auszuhalten.“

„Georg!!! Einem solchen Wunsch könnte du nie antworten!“ brachte die Hofräätin auf und fuhr, als keine Ent-
sprechung folgt.

berührung befürchtet. Berücksichtige der abweichenenden Meinungen und Gesetze zur Übernahme eines ausgedehnten Teiles der deutschen Kriegsstadt und Kriegsentschädigung, endlich die Verhältnisse an den verschiedenen Industriezentren, insoweit der Internationalisierung der deutschen Werften, Eisenbahnen und Häfen um. Diese und andere Werke lassen sie vorläufig noch nicht bestimmen. Um Deutschland niemals zur Ruhe kommen zu lassen, behalten wir die Freiheit vor, ihre Entwicklungsvorberufung von 100 Milliarden Goldmark noch zu erhöhen, nach den Endergebnissen leidender Kämmer um weitere 100 bis 200 Milliarden Goldmark. In der ungebührlichen Schwulst von 2000 Milliarden Mark, einer Summe, die das derzeitige eigene Nationalvermögen weit überschreitet, wird Deutschland in den nächsten Menschenaltern schwippen müssen.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 18. Juli 1919.

Stadtteil Wiesensfeld!

* 251n. Im Fürstentum Wiesensfeld ist die Trennung von Oldenburg durch Aufrufung einer selbständigen Republik mit eigener Verwaltung im Rahmen des Deutschen Reiches vollzogen worden. Der neu gegründete Landesausschuß besteht aus 9 Sozialdemokraten, 10 Demokraten und Bauernverbündeten und 5 Zentrumsvorzetttern, wird am Donnerstag die Regierungsform bestimmen.

Der Proteststreik.

* Hamburg. Der von den Kommunisten und Unabhängigen veranstaltete eintägige Proteststreik nahm nicht den erwarteten Umfang an, weil es viele Metallarbeiter vorgezogen hatten, dem Rat der sozialistischen Werkfehlereien von Hamburg und Umgebung zu folgen und die Arbeit nicht niedergelegen. Der Verfest war normal trotz lebhafter Agitation unter den Werkfehlern. Auch im Hafen war wenig vom Streik zu bemerken. Bei den Volkswerken reagierten mit Ausnahmen der Meister und Untermeister sämtliche Arbeiter; bei Blaum & Voß folgten von 6800 Arbeitern nur etwa 2100 der Streikparole. — Reichspräsident Oberst und Reichswehrminister Rosse trafen zu amtlichen Verhandlungen in Hamburg ein.

* Stettin. Die Vertreter des Stettiner Gewerkschaften haben gestern abend nach längeren Verhandlungen angeblich gegen wenige Stimmen beschlossen, heute früh in den Generalstreik zu treten, um den kommenden Generalrat zu gewinnen, nicht nur den Belagerungsaufstand aufzunehmen, sondern auch das Streikverbot für die landwirtschaftlichen Arbeiter zu befehligen. In der Versammlung der Magistratsbeamten wurde von dem Generalstreik Abstimmung ermächtigt und die Versammlung aufgerufen, dem Reichstag Solle zu leisten. Es ist leicht möglich, daß der Generalstreik, wenn er auf lebenswichtige Betriebe ausgedehnt werden sollte, zu einem Gegenstreik der Bürgerlichkeit führt.

* Stralsund. Im Stralsund bereit wegen des Belagerungsaufstands jetzt mittag allgemeine Werkzeitstellung. Straßenbahn, Elektrizität, Gas- und Wasserwerk liegen still.

Wiederholung des Staatsauskusses.

* Berlin. In der gestern unter dem Befehl des Reichsministers Erzberger abgehaltenen Vollstreckung des Staatsauskusses wurde unter anderem zugestimmt, dass Entwurf eines Gesetzes betr. Schädigung der Dienststellen der Staatsbeamten, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, dem Entwurf eines Gesetzes betr. Benennung von Reichsbeamten infolge Umgestaltung des Staatswesens, dem Entwurf von Gesetzen über die Entschädigung der infolge der Verkürzung der Wehrmacht am dem Ozean, der Marine und den Schutztruppen ausfallenden Offiziere, Bediensteten und Kapitälen, über Zahlung der Rente in Gold, dem Entwurf eines Gesetzes betr. Aufhebung des Gesetzes über den Abzug von Sallars vom 26. Mai 1910 und seiner Überänderungsgesetze, sowie Änderung des Gesetzes über die Belebung der Handelswirtschaft vom 24. April 1919, dem Entwurf einer Verordnung über die Gründung des Staatenausschusses zur Anordnung von Mindestprägungen.

Ein Einsatz polnischer Truppen in Thorn?

* Berlin. Die Radikal-Partei von dem Eingang polnischer Truppen in Thorn am 24. Juli ist in der gebrauchten Form nicht richtig. Ein Eingang polnischer Truppen kann erst dann erfolgen, wenn die Ratifikation des Friedensvertrages durch Deutschland und durch drei alliierte Staaten, durch assoziierte Mächte erfolgt ist. Daß diese Ratifikation aber bereits bis zum 24. Juli erfolgen wird, ist kaum anzunehmen.

Ein Erschließen des polnischen Reichstages.

* Warschau. Der polnische Reichstag beschäftigte sich in einer seiner letzten Sitzungen mit der Errichtung von 10 Bahnhöfen zur Herstellung fertiger Wohnhäuser und Gewerbegebäude. Jeder Bahnhof soll in der Lage sein, im Laufe eines Jahres 2500 Häuser fertig zu stellen. Auch wurde in der gleichen Sitzung die Belegung des polnischen Patentamtes von Warschau nach Bromberg abgelehnt.

Das Verfahren der „Suffenavia“.

* New York (Reuter). Alle Schadensersatzansprüche an die Cunard-Linie wegen der Verletzung der Suffenavia werden endgültig abgewiesen, da das Gericht der Stadt nicht die Verletzung des Schiffes ansichtig durch ein ungerechtes Vorgehen des Kaiserlich Deutschen Regierung, die sich dabei eines U-Bootkommandanten als Werkzeuges bediente, verurteilt worden sei.

nis ereignete. Jebermann wußte nämlich, daß sie ihren Mann nie geliebt und nur des Geldes wegen geheiratet habe. Daß sie immer von sich reden machen, alle Frauen durch ihren Vater übertrumpfen und freit die erste Rolle habe spielen wollen. Als sie mit ihrem Sohn nicht mehr genug Aufsehen erregte, wollte sie sich aus Sensationssturm mit Dollariba durchzieren, aber ihn mindestens in ein Duell hineinziehen, damit alle Welt von ihr spreche.

Aber es geschah ihr ganz recht, daß alles soviel ging. Dollariba ihr nun den Rücken gebrekt hatte und sie kann sich, wie es hier, scheiden lassen wollen. Nun mochte sie nur als gesiedelte Frau, verlassen und gemieden, darüber wunderten, ob selbst einer so schönen mondänen Frau — alles erlaubt sei?

Auch von v. Reicher wußte so. Sie hatte es ganz gut geführt, wie Dollariba Begeisterung in der letzten Zeit erhielt und war er sich immer mehr von ihr abwandte. Nun war er abgereist ohne Abschied, und das Bild würde wohl nie mehr fertig gemacht werden.

All dies verbündete sie Holde. Sie hatte ein paar schlimme Tage, hustete heimlich Blut und fieberte nachts ununterbrochen. Ein Bild nur, daß Roland an versiegt in den Schlafkasten seines „Samson“ war, um etwas zu merken.

Er arbeitete folgenden Tag und Nacht. Er hatte keine Ahnung, daß die toxischen Wunden seiner kleinen Frau geschrumpft waren, ihre quellselige Verbüffigkeit die Freude unbedeuteter Anstrengungen, und ergo ging er auf Werd-Horschlag ein, ihn aus dem Schlafkasten auszuquälen. „Damit er Werd-Schlag nicht höre, wenn er, wie jetzt täglich, erst lange nach Mitternacht zu Bett geht.“ Der Plan zu diesem Vorhaben, den Wera ebenso arglos übernahm, wie sie ihn dann Roland machte, war in Werd-Schlag entstanden.

Fortsetzung folgt.

Beilage zum „Riesaer Tageblatt“.

Redaktion und Verlag: Berger & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Gottlieb Krüger, "Berndtswitz für Reaktion". S. Friedgräber, Riesa; für Kriegspartei: Wilhelm Bittrich, Riesa.

Nr. 161.

Mittwoch, 16. Juli 1919, abends.

72. Jahrg.

Die Reichseinkommensteuer.

Wie der V. G. S. über die Befreiung des Reichsfinanzministers mit den einzelstaatlichen Finanzministern in Weimar an aufständische Stelle erläutert, geht der Plan der Reichsregierung dahin, die Einkommensteuer nach einheitlichen Grundsätzen auf Grund eines Reichseinkommensteuergesetzes durchzuführen, durch welches das ganze Einkommen bis zur äußersten Grenze der Ertragbarkeit erfasst wird. Den Einzelstaaten und den Gemeinden bleibt absonderliche Möglichkeit mehr, das Einkommen zu besteuern; das wird ihnen wahrscheinlich auch ausdrücklich verboten werden. Auf diese Weise soll vor allen Dingen eine vollständige Gleichheit der Belastung und eine Beseitigung der Steuerdienstes herbeigeführt werden, die dadurch entstehen, daß ein Staat oder eine Gemeinde weniger belastet ist als andere. Zu diesem Zwecke wird geplant, die ganze Steuererhebung auf neu einzurichtende Reichssteuerbehörden zu übertragen, an deren Spitze eine Reichssteuerbehörde stehen wird. Dieser Oberbau soll sich auf einen Unterbau aufbauen, der demjenigen ungefähr angepaßt werden soll. In den Bundesstaaten sollen Landesfinanzämter errichtet werden, die nach der Art der Steuern in einzelne Abteilungen gliedern.

Die bisherigen Meldungen aus Weimar über die Reichseinkommensteuer geben durch die Bemerkung Anlaß zu Widerständen, daß das Interesse des Reiches an dem steuerlichen Einkommen mit 75 Prozent zu bemessen sei. Das kann so verstanden werden, als wenn das Reich 75 Prozent von der Reichseinkommensteuer beanspruche. Das trifft nicht zu. Das Reich beansprucht vielmehr 75 Prozent vom Gesamteinkommen aller Steuern, nicht bloß der Einkommensteuer. Von der Reichseinkommensteuer wird für das Reich nur ein kleiner Beitrag in Frage kommen, wahrscheinlich noch nicht einmal 25 Prozent.

Die Bedenken der Einzelstaaten, die gegenüber dem Plan der Reichsregierung in Weimar erhoben worden sind, richten sich vornehmlich gegen die Erhebung der Einkommensteuer durch Reichsbehörden. Die Einzelstaaten wollten die Landessteuerbehörden beibehalten lassen. Ferner wurden auch Bedenken geltend gemacht gegen das Prinzip der Rückvergütung. Die einzelnen Staaten und Gemeinden sollen diejenigen Beträge zurückhalten, die vom Reich nicht in Anspruch genommen werden. Hiergegen hat sich insbesondere der sächsische Finanzminister Mühlé gewandt und auf die Folgen für Staat und Gemeinden hingewiesen, wenn bei der Rückvergütung keine Rücksicht auf den Bedarf und die Kulturausgaben von Staat und Gemeinden genommen würde.

Beschlüsse über den Plan des Reichsfinanzministers sind in Weimar noch nicht gefaßt worden. Die Befreiung hat sich in der Hauptrichtlinie darauf angewendet, daß entweder die Reichseinkommensteuerbehörden kommen oder die Landessteuerbehörden bleiben, aber unter einer starken Kontrolle des Reiches geachtet werden. Die Kontrolle des Reiches soll dahin gehen, daß die Steuer auch wirklich einheitlich erhoben wird, und daß die Steuerquellen wirklich voll ausge schöpft werden. Den Einzelstaaten und den Gemeinden sollen die Grund- und die Gewerbesteuer und die Lohnsteuerabgaben verbleiben. Gegen die Reichseinkommensteuer hat dann niemand mehr Bedenken zu haben, wohl aber gegen die Erhebung der Steuer durch Reichsbehörden und gegen die völlige Beseitigung der Steuerfreiheit der einzelnen Staaten und gegen das System der Rückvergütung.

Deutschland und der Wiederaufbau Frankreichs.
Die Verhandlungen in Paris sind bis jetzt seitens der Alliierten in durchaus tonzilantem Tone geführt worden. Sachlich bestehen die Alliierten auf der strikten Durchführung des Friedensvertrages, insbesondere auf der Überweisung deutscher Arbeiter. Sie wollen Gruppen von 500 bis 1000 in Baracken unterbringen. Die französischen Unterhändler sagen, sie kennen die Schwierigkeiten, aber die deutsche Regierung müsse das deutsche Volk unbedingt zur Arbeit anbieten. Rötigkern muss Deutschland der Arbeitsschwierigkeiten durch sozialen Anfang Herr werden. Sie fordern ferner besonders dringend Tiere, Farbstoffe, pharmazeutische Apparate und Kohle.

Der Friedensvertrag verbüchert wohl Deutschland, Arbeitsträger für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs bereit zu stellen. Insofern ist die Ausführung nicht so einfach, da auch das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter in Frage kommt. Sie wollen zunächst nicht in wesenlich ungünstigeren Verhältnisse gelangen, als sie in Deutschland zu arbeiten gewohnt sind. Es handelt sich um die Gewährleistung ihrer sozialrechtlichen Ansprüche wie die Alters- und Invalidenversicherung, Sozialstrafrecht und Arbeitszeit. Sodann kommen die janitären Bedingungen in Betracht. Es ist wenig wahrscheinlich, daß Frankreich gegen Unterbringung der Arbeiter bereits genugend Vorzüge getroffen hat. Das für die Franzosen ein erhebliches Interesse vorhanden ist, die zerstörten Ortschaften, Fabrikgebäude usw. so bald wie möglich umzubauen, soll nicht verkannt werden. Allein welche Bewaffnung hat die deutsche Regierung, um die 500 000 Arbeiter zu mobilisieren, die Frankreich für notwendig erklärt. Außer sich würden sich diese Arbeiter wohl finden lassen, indem sie voraus, daß hinsichtlich ihrer Unterkunft, Versorgung und Behandlung eingeschränkt normale oder doch befriedigende Zustände herstellen. Sodann läßt sich die Angelegenheit nicht über das Knie brechen. Die Arbeiter müssen berufsgruppenweise zusammengefaßt werden, da gerade gelehrte und hochwertige Kräfte im ersten Linie notwendig sind. Das erfordert genaue Zeit. Gerade diese Arbeiterklassen haben auch ein entworfenes sozialpolitisches Gefühl. Sie werden freiwilligen Aufrufen nicht folge leisten, wenn sie sich nicht zuvor davon überzeugt haben, daß sie in Frankreich keine Schändung ihrer sozialen Rechte und keine Bevormundung ihrer sozialen Lage zu erwarten haben. Die französische Regierung hat sogar verlangt, Deutschland solle Bewaffnungsmittel anwenden, wenn sie irgendwelche Hindernisse entgegenstellen. Das ist ein unbilliges Verlangen, da nicht jeder einzelne Arbeiter mit Gewalt herangefordert und verhindert werden kann. Die Angelegenheit wäre glatter zu erleben, wenn Frankreich erklärt, was die deutschen Arbeiter zu erwarten haben. Also gesetzliche Arbeits- und Betriebsverhältnisse, gesunde Wohnräume, an denen es in dem zerstörten Gebiet einzuwesen mangelt. Sonst würden sich kaum freiwillig deutsche Arbeiter melden.

Nationalversammlung.

Präsident Schrenck eröffnet die Sitzung um 8 Uhr 50 Minuten. Nach Erledigung einer Anfrage tritt das Haus in die Wahl eines Vizepräsidenten ein. Abg. Großes

(Senat) tritt für die Wahl durch Zuruf ein und wählt, da kein Widerspruch erfolgt, den Abg. Voigt (Soz.) als Vizepräsident vor. Die Wahl erfolgt einstimmig. Abg. Voigt nimmt die Wahl mit Dank an.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag des Ausschusses für die Wahlvorbereitung im Regierungsbüro Düsseldorf. Der Ausschuß hat teilweise Nachwahl vorgebracht, Abg. Staub (Senat). Zurückweisung an den Ausschuß beantragt. Das Haus beschließt mit großer Mehrheit gemäß dem Antrag Staub.

Darauf legt das Haus die zweite Beratung des Verfassungsentwurfes mit dem zweiten Haupttitel „Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen“ fort.

Art. 107 bestimmt einleitend: „Die Grundrechte und Grundpflichten bilden Richtschnur und Schranken für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtsprechung im Reich und in den Ländern. Nach längerer Debatte wird Art. 107 gestrichen.

Art. 108 bestimmt: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgерlichen Rechte und Pflichten. Besonders erhaltliche Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes bestehen nicht. Adelsbezeichnungen gelten nur als ein Teil des Namens und dürfen nicht mehr verliehen werden. Titel dürfen nur als Amts- oder Berufsbezeichnung angenommen werden. Akademische Grade sind hierdurch nicht getroffen. Orden und Ehrentitel blühen vom Staat nicht verliehen werden. Kein Deutscher darf von einer ausländischen Regierung Titel oder Orden annehmen.“ Abg. Heinze (Deutsche SP.) und Gen. beantragen die Streichung sämtlicher Bestimmungen über Adelsbezeichnungen, Titel, Orden und Ehrentitel. Die Unabhängigen Frau Agnes und Gen. beantragen „Der Adel ist abgeschafft.“ Vorrechte oder Nachteile, also nicht nur öffentliche Rechte der Geburt oder des Standes bestehen nicht. Ferner wollen sie im zweiten Absatz des Entwurfes das Wort „Grundsätzlich“ streichen. Die Sozialdemokraten Auer und Gen. beantragen gleichfalls die Abschaffung des Adels und die Gleichstellung der Männer und Frauen in den staatsbürglerlichen Rechten (nicht Pflichten). Die Unabhängigen Frau Agnes und Gen. beantragen ferner die Einführung aufzuhören „Sind alle Bestimmungen, die die Rechtsstellung der Frau auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechtes belästigen“. Endlich beantragen die Sozialdemokraten Frau Auer und Gen. hinter dem Sohn über die Gleichstellung von Männer und Frauen den Zusatz: „Die Bestimmungen des öffentlichen und bürgerlichen Rechtes sind entsprechend zu gestalten.“ Nach längerer Beratung wird Art. 108 in der Fassung des Ausschusses angenommen. Alle Abänderungsanträge werden abgelehnt.

Art. 109 handelt von der Staatsangehörigkeit und wird unter Ablehnung eines Antrages Kraus (Deutschpart.) angenommen. Abgelehnt wird auch ein Antrag Rakenstein (Soz.), wonach eine Deutsche auch im Falle ihrer Verehelichung mit einem Ausländer berechtigt sein soll, ihre Staatsangehörigkeit beizubehalten.

Art. 110 wird ohne Erörterung angenommen. Ministerpräsident Bauer: Der Abg. Ahmann wünscht eine Erklärung, daß alles getan wird, um denjenigen Staatsbürgern, die die polnische Nationalität erwerben müssen, für soziale Ziele die Nächste in den deutschen Staatsverband zu erleichtern. Ich kann, obgleich ein Veto von der Gesamtregierung noch nicht erfolgt ist, mitteilen, daß nach meiner Überzeugung die Regierung die Zustimmung hat, daß diesem Wunsche nach Kräften Folge geleistet werden soll.

Art. 112 bestimmt den Schutz der freien volkstümlichen Entwicklung der fremdsprachlichen Volksstämme. Abg. Dr. Cohn (Unadv.) begründet einen Antrag seiner Partei, statt fremdsprachliche Volksstämme zu sagen nationale Minderheiten. Nach der Abstimmung erklärt Schrenck den Antrag Cohn für abgelehnt. Darauf beweist Abg. Goerlitz die Beschlußfähigkeit des Hauses. Präsident Schrenck: Die Beleidigung der Beschlußfähigkeit ist nur vor einer Abstimmung möglich. Diese Stelle läßt alle Rückfälle auf die Stimme im Lande jede Rücksicht auf die großen Aufgaben, zu denen wir berufen sind, vermissen. Ich möchte um Abstimmung dieser Rücksichtlosigkeit dringend bitten. Ich bedaure so deutlich sprechen zu müssen, aber diese Art zu debattieren bringt nicht zu Ende und wir wissen doch vor Amt nicht wohin. Abg. Geiser (Unadv.): Es liegt uns fern, die Beratung der Verfassung zu verschließen, doch müssen wir in der Sitzungsberatung der zweiten Sitzung eingehende Besprechungen verlangen.

Nach einer längeren Entgegnung des Präsidenten Schrenck wird § 118 beraten. Die Unabhängigen beantragen dazu Aufhebung der Ausnahmegesetze gegen die Prostitution. Nach längerer Debatte wird schließlich Art. 118 unter Ablehnung des Antrages der Unabhängigen angenommen.

Präsident Schrenck: Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Mittwoch: Verfassungsentwurf.

Tagesgeschichte.

Zur Nächte der Kriegsgefangenen.

Über die Vorbereitungen zur Nächte der Kriegsgefangenen führt der sozialdemokratische Abg. Stücklein in einem längeren Vortrage u. a. folgendes aus: Mittentransporte deutscher Kriegsgefangener haben bisher, abgesehen von einem kleinen Transport der im Saargebiete Heimateten, nicht stattgefunden. Frankreich hat 300 000, England 125 000 und Amerika 50 000 deutsche Kriegsgefangene. In Südbritannien sind 20 000 Kriegs- und 80 000 Bürgerjungene. Die schlimmste Behandlung ist den deutschen Kriegsgefangenen von den Franzosen zuteil geworden. Im übrigen sind die Klagen gering. Durch private Opferwilligkeit sind bisher 10 Millionen Mark Spenden eingetrieben. Eine 150 Millionen Mark hatte die Reichsregierung zur Verfügung gestellt. Jeder Gefangene soll bei Bedürftigkeit bei der Heimat eine Beihilfe von 800 Pf. erhalten, aus besonders gearteten Fällen bis auf 600 Pf. erhöht werden, wenn die Gemeinde 100 Pf. zuschlägt. Bei der Entlassung soll ferner jeder Gefangene eine Abfindungssumme von 80 Pf. und die Gehaltszahl für acht Wochen erhalten.

„Duit. Telegraaf“ meldet die „Times“ aus Kapstadt, daß bisher 1486 Deutsche aus der Südafrikanischen Union nach Deutschland zurückgekehrt worden sind. Die Heimfahrt weiterer steht bevor. Aus dem südlichen Südwestafrika wurden 8250 Deutsche, hauptsächlich Soldaten und Beamte, nach Deutschland zurückgekehrt, während 2200 Deutsche auf die Heimatkehr warteten, die erfolgen wird, sobald die nötigen Schiffe dafür vorhanden sind.

Bekanntlich waren in den letzten Monaten ganz außerordentlich ungünstige Nachrichten über die Lage der deutschen Kriegsgefangenen bei den Arbeitskompanien in den früheren Operationsgebieten eingegangen. Etwa nach langen Sprechungen konnte durchgesetzt werden, daß Delegierte der schwedischen Gesandtschaft in Paris die

Gesandtschaft erhielten, diese Kriegsgefangenen zu befreien. Die Freiheit gehen jetzt ein und zeigen erstaunliche Freiheit, daß die französische Regierung endlich durchgesetzt und den südlichen Rückständen gekreuzt hat. Die Unterredung hat sich sehr verbessert, die Erholung ist nicht mehr unzureichend. Weiter die Behandlung wird viel weniger gelingt. Sollstverhältnis werden also eingehenden Debatteverfahren und weiterhin auf das Norddeutsche verfolgt werden. Jedoch können die Angehörigen erfreulicherweise mit leichter Mühe annehmen, daß die noch einlaufenden Sagen jetzt wahrscheinlich im wesentlichen überholt sind.

Deutsche Reich.

Abschlußredner des Unterhausbüros ist Blauffe. Mit der Telegraphen-Union mitgespielt wird, hat Unterhausbüro für Ämter seinen Abschied eingereicht. Er war 4 Jahre in Kopenhagen als Handelsattaché verblieben und hat sich dort um das deutsche Wirtschaftsproblem besonders verdient gemacht. Er war dann Botschafter in der Friedenskommission für Wirtschaftsfragen. Mit ihm wurde der erste Kaufmann ins Amt berufen.

Frankreich und Deutschland. Vorher Blauffe berichtet: Die französische Grenze und die französischen Hafen bleiben für Deutsche vorläufig geschlossen. Nur in besonderen dringenden Fällen werden deutsche Staatsangehörige die Genehmigung erhalten, so kurz Zeit in Frankreich aufzuhalten. Die französische Regierung wird Geschäftsreisende und mehrere frühere Kontrollorisse nach Berlin senden, aber keine Botschafter. Für den Handel, namentlich für die Hardkofferindustrie werden Sachverständige ernannt werden, jedoch keine offiziellen Mitarbeiter.

Eine Weltgenossenschaft für die Lebensmittelversorgung Europas. Der „Manchester Guardian“ schreibt: Die englische Regierung hofft, daß eine Art von Weltgenossenschaft gebildet werde, um die europäische Lage zu retten. Sowohl die Lebensmittelversorgung in Prag kommt, sei beantragt worden, daß der oberste Wirtschaftsrat seine Arbeiten fortsetzt und herein in seinen Sitz in Washington nehmne. Sie macht den Vorschlag, nicht nur die neutralen, sondern bilden sehr kurze Zeit auch Deutschland und die anderen bisher feindlich gegenüberstehenden Länder zu diesem anzulassen. Dieses würde den obersten Wirtschaftsrat zu einer ähnlichen Organisation machen, wie den Völkerbund. Man hofft auch, daß er ein Glied des Völkerbundes bilden werde. Amerika will bisher seine Zustimmung zu diesem Antrag nicht gegeben und soll auch nicht dazu geneigt sein. Amerika wolle nicht länger als nötig eine Art Verantwortlichkeit in europäischen Fragen tragen oder europäischen Einfluss in seine eigenen Angelegenheiten bringen. Im Unterhaus erklärte Bonar Law, daß man es für wünschenswert halte, dem internationalen Wirtschaftsrat maßgebenden Charakter zu verleihen. Eine richtige Methode habe jedoch bisher infolge der Fortdauer der Feindseligkeiten gegen Ungarn noch nicht festgestellt werden können und die Blauffade gegen Ungarn werde auch aufrecht erhalten bleiben.

Zur Auslieferungsfrage. Das Ministerische Büro meldet, daß in der gestrigen Sitzung des englischen Unterhauses Kewmorthby fragte, ob in Anbetracht der zunehmenden Abneigung in England gegen die Ablösung des Prozesses gegen Kaiser Wilhelm in London die Regierung neue Versprechungen darüber mit den verbliebenen und ausgetretenen Mächten erlässt. Bonar Law antwortete, er könne der Erklärung des ersten Ministers vom 3. Juli nichts hinzufügen. Die „Pressinformation“ erläutert aus London: In der Kaiserangelegenheit hat der englische König ein Schreiben an Lloyd George gesandt. Außerdem haben sich mehrere Lords und ein Verwandter des Königs, der auch mit der deutschen Kaiserfamilie verwandt ist, an anderer Stelle vermautet, um die Alliierten zu veranlassen, auf die Ausführung des betreffenden Abschnitts des Völkerbundes zu verzichten.

Frankösische Machenschaften in der Pfalz. Unter der Überschrift „Verwüstung der Rheinpfalz“ bringt die „Neue Badische Landeszeitung“ eine Darstellung der französischen Politik in der Pfalz, die auf die Verlöschung dieses Landes vom deutschen Reiche mit allen Mitteln hinarbeitet. Es werden da Tätsachen mitgeteilt und Korruptionsmethoden enttarnt, die geeignet sind, nicht bloß bei uns, sondern in allen zivilisierten Ländern das größte Aufsehen zu erregen.

Verkehrsbesprechungen in Köln. Nach eingehenden Besprechungen mit sämtlichen beteiligten Reisebüros wird in den nächsten Tagen in Köln eine Zusammenkunft aller Brückenpionieroffiziere und in Prag kommenden Sachverständigen stattfinden, um eine endgültige Regelung des Verkehrs zwischen dem betroffenen und unbetroffenen Gebiete herzustellen. In den Besprechungen werden Vertreter aller zuständigen Behörden teilnehmen. Als Kommissar des Vorsitzenden der deutschen Wasserstraßenstandeskommision Reichsministers Erzberger ist von Weimar zu den Besprechungen der Referent für Wassergelegenheiten der deutschen Wasserstraßenkommission Dr. Vein entsandt worden.

Scapa-Flow. (Amtlich) Durch die völkerrechtswidrige unmoralische Beschießung der weggelassenen Beschießungen der deutschen U-Boote bei der Verfestigung der Kriegsflotte in Scapa-Flow haben nach den bisherigen Ermittlungen außerdem Korvettenkapitän Schumann noch ihr Leben verloren, der Torpedomachinenmaat Wilhelm Margraf und die Torpedoboomerschiffsmänner Friedrich Becker und Gustav Banstrath. Alle drei gehörten zur Besatzung des Torpedoboots „126“. Eine endgültige Feststellung der Zahl und Namen der Getöteten sowie der Verwundeten hat sich infolge Ausbleibens einer englischen Antwort auf eine am 29. Juni deutschsprachig ergangene amtliche Anfrage trotz aller Bemühungen noch nicht ermöglichen lassen. Die getöteten Besatzungen sind vermutlich in den Gefangenengütern von Osmeiros bei Scapa-Flow und Wadefield bei Hull interniert.

Kein deutsch-japanisches Bündnis. Die „Deutsche Presse“ schreibt: Die erwartete Neuerzung der japanischen Regierung über das von der amerikanischen Seite neuerdings wiederholte Bündnis von einem im Jahre 1918 zwischen der japanischen und deutschen Regierung vereinbarten Bündnisvertrag ist inzwischen erfolgt. Nach einer Unterredung hat die japanische Delegation in Paris die ganze Erzählung als widerlinig dementiert. Deuter ließ sich sofort am folgenden Tage durch den Korrespondenten der Londoner Morning Post informieren, daß Deutschland u. a. peripherischen Angeboten den Japanern im Jahre 1917 sein Land in den holländischen Kolonien einschließlich Javas und Sumatras angeboten habe. Auch diese Geschichte ist ebenso wie die vorerwähnte, vom deutsch-japanischen Bündnis in das Reich der Wabe zu verweilen.

Sachsen.

Verwaltung durch die Untente? Ein Crakauer Blatt erhält von einer aus Paris befindenden Person die informationelle Nachricht, daß die Koalition beschlossen hat, aus der polnischen Armee alle Soldaten im Alter von 16 bis 45 Jahren, welche die polnische oder amerikanische Staatsbürgerschaft besitzen, herauszuziehen. Soldaten dieses Alters können sich erklären, ob sie polnische Untertanen bleiben wollen oder nicht. Daselbe Blatt berichtet ferner, daß in Kreisen der Koalition die Gedanke antritt, erhalten die Delegierten der schwedischen Gesandtschaft in Paris die

